

Grundeinkommen – Ein Konzept für die Zukunft von morgen?

Symposium am 10. Mai 2007,
Wissenschaftszentrum, Bonn-Bad Godesberg

Eröffnungsvortrag

(Redemanuskript nach gesprochenem Wort*)

von

Dr. Martin Booms

Akademie für Sozialethik und Öffentliche Kultur (ask), Bonn
Institut für Philosophie der Universität Bonn

Kontakt:

Akademie für Sozialethik und Öffentliche Kultur
Nordstraße 73, D-53111 Bonn
www.akademie-ask.de, info@akademie-ask.de
Tel. 0049 (0)228 / 850 32 80, Fax 0049 (0)228 / 850 32 85

* Eine ausgearbeitete und erweiterte Publikationsfassung ist derzeit in Arbeit.

[Begrüßung]

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
liebe Gäste,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der Veranstalter des heutigen Tages darf ich Sie sehr herzlich hier im Wissenschaftszentrum in Bonn-Bad Godesberg begrüßen zu dem Symposium „Grundeinkommen – Ein Konzept für die Gesellschaft von morgen?“. Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie unserer Einladung nicht nur sehr zahlreich gefolgt sind, sondern dass sich auch ein äußerst differenziertes und breitgefächertes Spektrum der unterschiedlichen Gruppierungen hier zur Diskussion eingefunden hat: Dazu zählen die Vertreter aus den verschiedenen Wissenschaftsbereichen; die Repräsentanten der politischen Institutionen und Parteien sowie der öffentlichen Einrichtungen; die Mitglieder der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, die sich um das Thema „Grundeinkommen“ gebildet haben; aber auch die Vertreter der interessierten Öffentlichkeit: die hier anwesenden Medienvertreter, aber nicht zuletzt – und auf diesen Aspekt werde ich später noch näher eingehen – auch die zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürger selbst: Ihnen allen einen herzlichen Dank für Ihr Interesse und ein herzliches Willkommen zum Diskurs.

Meine Damen und Herren, die Vielfalt des Teilnehmerspektrums zeigt, dass das Thema Grundeinkommen ein Schnittstellenthema ist, das sich nur aus einer Vielzahl von Sachaspekten und aus einer Pluralität von Standpunkten angemessen erschließen und diskutieren, gegebenenfalls auch kritisieren lässt; auch hierauf werde ich später noch verschiedentlich zurückkommen. Es war uns daher ein Anliegen, auch bei der Besetzung des Podiums dieser Vielfältigkeit und Multiperspektivität gerecht zu werden: auch das Podium spiegelt daher eine solche Pluralität von Befürwortern und Kritikern, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln – aus soziologischer, ethisch-philosophischer, ökonomischer und unternehmerischer Perspektive – ihre Standpunkte entwickeln werden: auch Ihnen einen besonderen Dank für Ihr Kommen und Ihre Diskussionsbereitschaft.

[Vorstellung der Veranstalter]

Dass das Thema Grundeinkommen ein Schnittstellenthema ist und damit Gegenstand einer übergreifenden Auseinandersetzung, zeigt sich schließlich auch mit Blick auf das Veranstalterkonsortium, das für dieses Symposium verantwortlich zeichnet. Es handelt sich dabei um drei Institutionen, die bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangspunkte und Herangehensweisen etwas gemeinsam haben: Sie sind allesamt jungen – teils sehr jungen – Datums, und sie haben sich alle dem gesellschaftlichen Wertediskurs und der Entwicklung der Zivilgesellschaft in aufklärerischer Absicht verschrieben. Damit kommt auf Institutionenebene eine Tendenz zum Ausdruck, die man als neue Hinwendung zu Grundfragen des Sozialen und der öffentlichen Kultur bezeichnen könnte: eine Hinwendung, die in den letzten Jahren, vielleicht Jahrzehnten angesichts der Bedeutung dieses Themenfeldes für eine freie, plurale und lebenswerte Gesellschaft allzu sehr in den Hintergrund getreten ist.

Erlauben Sie mir daher vorab, Ihnen die Veranstalter des heutigen Tages kurz vorzustellen:

Zum einen die Kölner brandStiftung, die sich Ende 2006 konstituiert hat und hier vertreten ist durch ihren Stiftungsvorstand, Herrn Michel Aloui, und Herrn Paul Willems. Die brandStiftung versteht sich als Angebot zum Diskurs über die Grundlagen einer freiheitlichen

und chancengleichen Solidargemeinschaft, wobei sie insbesondere in der Debatte um das Grundeinkommen die Vision einer möglichen neuen sozialen Balance erkennt. Neben dieser gesamtgesellschaftlichen Perspektive wendet sich die brandStiftung zugleich konkreten Einzelprojekten zu, insbesondere im Bereich städtischer sozialer Brennpunkte.

Zum zweiten ist zu nennen die Hamburger Stiftung Wertevolle Zukunft, die hier neben anderen mit ihrem Geschäftsführer, Herrn Dr. Jesco Kreft, und dem Generalmanager dieses Symposiums, Herrn Tim Bendixen, vertreten ist. Die Stiftung Wertevolle Zukunft wurde 2005 gegründet und zielt in vielfältigen Projekten auf die Stärkung von ethischer Urteilskompetenz in der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen im Bereich der Wirtschafts-, Politik- und Medienethik.

Schließlich die Bonner Akademie für Sozialethik und Öffentliche Kultur, der ich selbst vorstehe: Die Akademie wurde zum Mai 2007 gegründet als unabhängige Forschungs- und Bildungseinrichtung auf geisteswissenschaftlicher Basis. Sie ist platziert an der Schnittstelle von Wissenschaft und Öffentlichkeit mit dem Ziel, Wissenskompetenzen für eine selbstbestimmte, rationale und aufgeklärte Sozialkultur zu erforschen und zu vermitteln. Zu diesem Zweck kooperiert sie aus einer wissenschaftlichen Fundierung heraus eng mit Universitäten, Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Personen des öffentlichen Lebens.

Zu erwähnen ist noch, dass dieses Symposium in Kooperation mit dem Institut für Philosophie der Universität Bonn veranstaltet wird, das ich hier ebenfalls vertrete und das einen seiner Schwerpunkte im Bereich der angewandten Ethik, hier bislang vor allem in der Bio- und Medizinethik, innehat.

[Relevanz der Debatte über das Grundeinkommen]

Meine Damen und Herren, das Thema unseres Symposiums lautet: „Grundeinkommen – Ein Konzept für die Zukunft von morgen?“ Zunächst sei vorangestellt, dass es kein einheitliches Konzept des Grundeinkommens gibt: Es gibt verschiedene, teils recht unterschiedliche Modelle, wie wir heute noch erfahren werden, die aber auf einer gemeinsamen Idee beruhen: nämlich der Idee der zumindest partiellen Entkopplung von Einkommen und Arbeit, letztere verstanden als Erwerbsarbeit. Die allen Modellen gemeinsame Idee des Grundeinkommens besagt also, dass jedem Bürger vom Staat ein Einkommen ausbezahlt werden sollte, und zwar erstens individuell, also personenbezogen, zweitens in existenzsichernder Höhe, drittens ohne Bedürftigkeitsprüfung und viertens ohne damit verbundener Arbeitsverpflichtung.

Die Idee des Grundeinkommens ist im Prinzip nicht neu: Vorläufer und Ursprünge mag man schon im 18. Jahrhundert bei Thomas Paine im Kontext der Gedanken der Französischen und Amerikanischen Revolution ausmachen, im 19. Jahrhundert etwa im Denken von Charles Fourier. In historisch näher liegender Perspektive kann man auf die amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman und James Tobin mit ihren ab den 1960er Jahren entwickelten und analysierten Modellen der negativen Einkommensteuer verweisen.

Neu ist aber die aktuell erheblich gesteigerte öffentliche und mediale Aufmerksamkeit auf das Thema und das Ausmaß der gesellschaftlichen Debatte in der jüngsten Zeit. Galt das Thema Grundeinkommen noch vor wenigen Jahren – wenn man überhaupt so weit zurückgehen darf – als Außenseiterthema, ist es jetzt in Fernsehdebatten und angesehenen Printmedien allseits präsent und wird zunehmend auch Gegenstand parteipolitischer Programmdiskussionen.

Woran liegt diese gegenwärtige Hochkonjunktur? Was macht die aktuelle Anziehungskraft der Grundeinkommensidee aus? Worin liegt ihre eigentliche Relevanz?

Meine These ist: Der Grund hierfür ist zunächst formaler Art. Was bedeutet das? Die Grundeinkommensidee zielt auf eine Veränderung der systemischen Rahmenbedingungen der sozio-ökonomischen Verhältnisse. Sie ist – was immer man von ihr halten mag – der derzeit vielleicht einzige ausgearbeitete und in die gesellschaftliche Debatte eingebrachte Vorschlag für eine grundsätzliche, wurzelhafte und damit im Wortsinn radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Grundlagen. Genau darin gründet aber ein erheblicher Teil ihrer Attraktivität. Die Relevanz der Grundeinkommensdiskussion liegt demnach zunächst gar nicht in der Idee selbst, sondern sie ergibt sich noch vor und unabhängig von der Entscheidung, ob man den Vorschlag des Grundeinkommens in der Sache befürwortet oder nicht: nämlich indem die Grundeinkommensidee ganz allgemein die Veränderbarkeit von Gesellschaft wieder in das Bewusstsein bringt, indem sie Gesellschaft als Handlungs- und Gestaltungsspielraum neu in Geltung setzt.

Und in der Tat: Gesellschaftliche Realität in all ihren Teilbereichen: Politik, Wirtschaft und soziale Lebenswelt –, ist ja nie einfach naturhaft vorgegeben oder eine aus sich heraus bestehende, gleichsam hinzunehmende Tatsache, sondern gesellschaftliche Wirklichkeit ist immer auch Menschenwerk im Wortsinn: Sie hängt ab von menschlichen Entscheidungen. Wenn wir aber unterstellen, dass diese Unterscheidungen grundsätzlich frei sind, und wenn diese Entscheidungen also von grundsätzlich variablen Werthaltungen abhängen, dann ist auch Gesellschaft ständig in Bewegung – zumindest potentiell: Sie ist kein statisches, sondern ein dynamisches Gebilde. Die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist also – grundsätzlich betrachtet – kein Postulat revolutionär-aufwiegelnder Umsturzphantasien, sondern liegt im Wesen der Sache selbst. Das bedeutet aber: Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind eine fortwährende Gestaltungsaufgabe und – untrennbar damit verbunden – auch eine fortwährende Gestaltungsherausforderung.

Dieser Zusammenhang, meine Damen und Herren, weist aber in der Tat über die Grundeinkommensdebatte hinaus, nämlich auf ihren eigenen fundamental-politischen Hintergrund, auf den Grund unserer pluralistisch-demokratischen Wertekultur: Denn in einem freiheitlich verfassten Gemeinwesen, das es ernst meint mit dem Gedanken der Partizipation, kommt die gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe im Grunde niemand anderem zu als ihren einzelnen souveränen Mitgliedern: d.h. der Gemeinschaft der Bürger. Das hat verschiedene wichtige Implikationen, die ich im Folgenden nur kurz umreißen möchte:

Erstens: Die Frage, wie wir in einem Gemeinwesen leben wollen, ist nicht unabhängig vom Verständigungsprozess seiner Bürger entscheidbar – dies betrifft die Idee des Grundeinkommens ebenso wie alle anderen zur Debatte stehenden Vorschläge. Die Antwort auf die Frage, wie wir gemeinschaftlich leben wollen, ist weder aus einer vorgegebenen Machtposition noch aus einem absoluten Wissenstatbestand ableitbar, sondern sie ist Resultat einer kritischen und aufgeklärten öffentlichen Urteilsbildung. Sie beantwortet sich gleichsam nicht von oben, sondern von unten.

Zum zweiten ist festzustellen, dass hierin mehr liegt als nur eine ideale Forderung, ein kraftloses normatives Postulat: Denn Macht – auch die Macht zur gesellschaftlichen Veränderung und Gestaltung – ist im tiefsten Grunde immer das Ergebnis einer Übereinkunft, d.h. der übereinkommenden Verständigung von Menschen, und nicht Ausfluss gesellschaftlicher Positionen von Stärke: Macht wird zwar gleichsam von oben, d.h. von institutionalisierten Machtinhabern – seien diese legitimiert oder nicht –, ausgeübt und wahrgenommen, aber ihre Basis wurzelt immer gleichsam „unten“. Das bedeutet: Die

Gestaltung von Gesellschaft in einem freiheitlichen Gemeinwesen soll nicht nur vom einzelnen Bürger gestaltet werden, sie kann es auch. Dies sei deutlich gesagt gegen die allzu häufig vernehmbare resignative Haltung vieler Menschen, wonach der Einzelne ja doch nichts tun könne. In einem bestimmten Sinne ist es genau umgekehrt: Nur der Einzelne kann etwas tun, nämlich in der diskursiven und einvernehmlichen Verständigung mit der Vielheit der anderen Einzelnen, die zusammen Öffentlichkeit generieren.

Drittens ist aber ebenso deutlich zu betonen, dass dieses Recht und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Gestaltung einhergeht mit einer erheblichen Verantwortung jedes einzelnen Bürgers: Der einzelne soll und kann nicht nur mitbestimmen, sondern er muss es dann auch – und er muss kompetent sein, dies tun zu können. Die Wahrnehmung (im doppelten Sinn der Ausübung und Kenntnisnahme) dieser gesellschaftlichen Verantwortung ist aber – heute mehr denn je – von verschiedenen Seiten gefährdet: in der Sache durch die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die immer mehr Menschen immer weniger durchschauen können; in der Haltung durch eine zunehmende Ignoranz vieler Menschen gegenüber Angelegenheiten der res publica, die in ihrer tragenden Bedeutung nicht mehr erkannt oder beachtet wird; in der Kultur durch eine zunehmende Verflachung sozialer und kommunikativer Umgangsformen, deren politische Dimension nicht mehr begriffen wird; in der Politik durch die unzureichende Beförderung von Bildung und die Vernachlässigung von Orientierungswissen, dessen wirklichkeitsprägende Kraft nicht mehr gesehen wird. Fest steht jedenfalls: Menschen, die am öffentlichen Meinungsbildungsprozess nicht mehr teilnehmen können oder wollen, geben ihr Gestaltungspotential aus der Hand, sie stehen außerhalb des öffentlichen Diskurses als Ort, wo Freiheit machtvoll zu gesellschaftlicher Wirklichkeit gerinnen kann. Hierin liegt der Grund, warum die Vernachlässigung oder gar der Verfall einer öffentlichen Kultur ein so bedrohliches und freiheitsgefährdendes Potential in sich birgt.

Das Konzept des Grundeinkommens – das ist meine These – hat zur Zeit eine Art Platzhalterhaltestelle für diese aufgezeigten grundsätzlicheren Zusammenhänge eingenommen, es besetzt die Rolle eines Hoffnungsträgers für Veränderung ganz allgemein, es trägt das Bedürfnis nach Bewegung und Gestaltung und bietet gerade dadurch die Chance, einen Diskurs über gesellschaftliche Orientierungsfragen aufzuwerfen, auch wenn dieser im Ergebnis vielleicht zu ganz anderen Lösungen als der Idee des Grundeinkommens führen mag. Die Relevanz dieser aktuellen Diskussion liegt daher zunächst – so könnte man sagen – in der Entfaltung der Diskussion selbst, man halte von der Idee, was immer man wolle. Dieser Befund jedenfalls scheint mir über alle Lager konsensfähig und für alle Lager beachtlich zu sein.

[Relevanz der Grundeinkommensidee selbst]

Was ist aber nun von dieser Idee selbst zu halten? Wie ist die Relevanz der Grundeinkommensidee nicht nur in formaler Hinsicht, sondern als inhaltlicher Problemlösungsvorschlag zu bewerten? Eine Antwort auf diese Frage, die dem Diskurs nicht vorgreifen will, kann nur darin bestehen, das Feld abzustecken, auf dem eine vernünftige, faire und ergebnisoffene Diskussion sich generell bewegen muss. Dazu ist es erforderlich, zwei Dinge in den Blick zu nehmen; erstens: den Rahmen bzw. den Anspruch der Grundeinkommensidee; zweitens: das Spektrum der Fragehorizonte und Argumentationsdimensionen, die für eine Bewertung der Idee beachtlich sind.

Zum ersten: Jede vernünftige Positionierung zum Grundeinkommen – sei sie zustimmend, ablehnend oder skeptisch – sollte anerkennen, dass diese Idee den Anspruch erhebt, nicht innerhalb des bestehenden Regelungsrahmens das Verhältnis von Einkommen, Erwerb und solidarischer Grundversorgung zu reformieren und neu zu regeln, sondern dass die

Grundeinkommensidee diesen Rahmen selbst in sehr weitgehender Weise verändern möchte. Diese einzufordernde Anerkennung ist natürlich in keiner Weise gleichbedeutend damit, die Auffassung zu teilen, dass ein solch radikaler Umbruch angemessen, notwendig oder auch nur sinnvoll sei. Es ist aber nicht legitim, das Grundeinkommenskonzept im Ganzen oder in Teilen an Maßstäben zu messen, deren Überwindung gerade Gegenstand dieses Konzepts selbst ist. Ein Beispiel: Nach den Maßstäben der heutigen Erwerbsgesellschaft, wonach Einkommen grundsätzlich an eine individuell zu erbringende Arbeitsleistung gekoppelt ist, muss die Forderung, dass alle Bürger vorbehaltlos mit einem Grundeinkommen zu versorgen sind – also auch solche, die ganz explizit keiner Erwerbsarbeit nachgehen wollen –, geradezu als Verhöhnung der Leistungsbereiten und Arbeitswilligen erscheinen. Eine solche Bewertung setzt aber einen ganz bestimmten Bezugsrahmen voraus, der eine Reihe von Voraussetzungen hat, die das Grundeinkommensmodell gerade nicht teilt: so etwa, dass Arbeit in erster Linie oder gar ausschließlich als Erwerbsarbeit zu verstehen sei – eine Engführung des Arbeitsbegriffs, die aus sich heraus keineswegs selbstverständlich ist; so etwa, dass das Kriterium für Leistung und Anerkennung in der Erwerbsleistung bestehe u.s.w. Dem gegenüber macht das Konzept des Grundeinkommens einen absoluten Einkommensanspruch geltend, der gerade nicht über individuell zurechenbare Leistungen relativierbar ist, sondern in bestimmter Weise über die Würde des Menschen definiert ist. Wiederum: Es mag dann gute Gründe geben, diese Art der Herleitung eines derartigen absoluten Einkommensanspruchs zu kritisieren und abzulehnen, aber eine solche ablehnende Haltung muss dieses Hintergrundkonzept jedenfalls mit einbeziehen – sonst werden Äpfel mit Birnen verglichen, oder es wird der Sack geschlagen, wo der Esel gemeint ist. Jede vernünftige Kritik muss in der Lage und willens sein, die Argumente und Voraussetzungen, also die Rahmenbedingungen der kritisierten Position mit einzubeziehen: nur dann kann überhaupt eine vernünftige Diskussion erfolgen. Das setzt aber zugleich auf allen Seiten die Fähigkeit und den Willen voraus, die Voraussetzungen, Hintergrundannahmen und Selbstverständnisse, die der jeweils eigenen Position zugrunde liegen, zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen – was voraussetzt, dass man sie überhaupt noch kennt. Nebenbei gesagt: Jeder, der die jüngste TV-Diskussion zum Thema Grundeinkommen im deutschen Fernsehen verfolgt hat, mag sich angeregt fühlen, darüber nachzudenken, inwieweit dieses Grundkriterium vernünftiger Auseinandersetzung als Bestandteil öffentlicher Diskussionskultur heute noch in Geltung ist.

[Relevante Fragehorizonte und -dimensionen]

Zweitens: Um das Grundeinkommenskonzept vernünftig diskutieren und auch kritisieren zu können, muss man sich die unterschiedlichen Fragehorizonte und relevanten Dimensionen in ihrer wechselseitigen Durchdringung und Verwobenheit verdeutlichen. Dabei lassen sich überblicksartig, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit, drei Fragehorizonte herausstellen, die teils unter sich wiederum verschiedene Dimensionen enthalten:

Der erste Fragehorizont betrifft den Aspekt der Funktionalität und lässt sich unter die Generalfrage stellen: „Was müssen wir tun?“ Dieser Fragehorizont baut sich über dem jetzigen status quo auf und fragt nach dem Problemlösungspotential der Grundeinkommensidee und ihrer Gestaltungskompetenz angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnisse. Hier ist konkret zu fragen: Ist das Konzept des Grundeinkommens die angemessene Antwort auf die Probleme und Herausforderungen der modernen Zivilgesellschaft in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und menschlich-lebensweltlicher Hinsicht? Hier ist zugleich die systemische Dimension der Grundeinkommensdebatte angesiedelt: Benötigen wir einen grundlegenden Systemwechsel der Erwerbsarbeitsgesellschaft, oder sind die notwendigen Steuerungen innerhalb des bestehenden sozio-ökonomischen Paradigmas zu bewerkstelligen?

Der zweite Fragehorizont betrifft Wertfragen; sie stehen unter der Generalperspektive: „Was sollen bzw. was wollen wir tun?“ Dieser Fragehorizont hat zum einen eine Sinndimension und wirft elementare Zweckfragen auf: Auf welche Werte ist eine Gesellschaft im Ganzen auszurichten, und wie wollen wir leben? Was sind die Grundlagen und Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben? Welche Rolle spielt Arbeit in diesem Zusammenhang? Zum anderen enthält der Fragehorizont der Wertfragen eine Gerechtigkeitsdimension, die Verteilungsfragen aufwirft: Wie ist Wohlstand am gerechtesten zu verteilen, und worauf gründen sich entsprechende Ansprüche?

Ein dritter Fragehorizont erschließt Aspekte der Umsetzung bzw. der Implementierung und damit die Frage: „Was können wir tun?“ Hier eröffnet sich zum einen eine ökonomische Dimension, die u.a. die Frage der Finanzierung betrifft: Ist überhaupt (und wenn ja: wie) das Grundeinkommen zu finanzieren bzw. ökonomisch zu realisieren? Welche Steuermechanismen – im Doppelsinn von Steuerung und Besteuerung – sind hierfür erforderlich? Der Fragehorizont der Umsetzung hat weiter eine politische Dimension, die Fragen der Organisation (nicht der Quelle) von Macht betrifft: Ist das Konzept des Grundeinkommens politisch umsetzbar? Weiterhin ist eine tarif- und arbeitsrechtliche Dimension relevant: Kann unter Bedingungen des Grundeinkommenskonzepts eine verlässliche und belastbare Gestaltung der verbleibenden und gewollten Erwerbsarbeit gewährleistet werden, und zwar aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberperspektive? Und schließlich betrifft die Frage der Umsetzung die Dimension der gesellschaftlichen Akzeptanz und Tragfähigkeit – eine Dimension, die in ihrer Bedeutung für die Diskussion meines Erachtens von zentraler und vielleicht unterschätzter Bedeutung ist: Können Menschen mit der Freiheit, die ihnen ein Grundeinkommen einbrächte, überhaupt umgehen? Setzt die Grundeinkommensidee nicht einen grundsätzlichen Bewusstseins- und Wertewandel, insbesondere im Blick auf das Verhältnis von Selbstbestimmung und Arbeit, voraus? Oder ist es umgekehrt so, dass gerade eine reale Umsetzung der Grundeinkommensidee die Voraussetzung für einen entsprechenden Bewusstseinswandel bewirken könnte? Welche Risiken in der Einschätzung dieser und aller Implementierungsfrage sind tragbar, und inwieweit sind diese Risiken im Vorfeld eingrenzbar?

[Überleitung zum Podium]

Meine Damen und Herren, ich hatte mir die Aufgabe gestellt, einen kurzen Überblick über die Fragen zu geben, die mit der Debatte um das Grundeinkommen zusammenhängen; ich darf nunmehr das Wort an diejenige Runde übergeben, die die nicht zu unterschätzende Bürde trägt, sich mit den Antworten zu befassen.

Moderiert wird diese Runde von Herrn Oliver Rehlinger, er ist freier Journalist, der sich intensiv mit Zukunftsthemen um Arbeit und Wissensgesellschaft befasst und schwerpunktmäßig für den "Rundfunk Berlin-Brandenburg" tätig ist.

Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.